

Wie Deutschland die maroden Euro-Länder retten soll

BZ-GASTBEITRAG: Für Lüder Gerken ist die Brüsseler Einigung vom 11. März verhängnisvoll, weil sie ein Fass ohne Boden öffnet

Durch das Erdbeben in Japan ging nahezu völlig unter, dass an demselben 11. März 2011 die Regierungschefs der Euro-Staaten einen Staatenfinanzausgleich beschlossen. Schon heute ist absehbar, dass mit ihm ein Fass ohne Boden geöffnet wurde, in das Deutschland seine Kreditwürdigkeit schütten muss. Die südeuropäischen Volkswirtschaften leben seit Jahren über ihre Verhältnisse: Sie importieren mehr als sie exportieren. Die Differenz – das Leistungsbilanzdefizit – haben sie mit Krediten aus den Exportländern, vor allem aus Deutschland, finanziert.

Um diese Kredite zurückzahlen zu können, müssten sie Exportüberschüsse erzielen. Das können sie aber nicht, weil ihre Unternehmen gegenüber den nordeuropäischen nicht wettbewerbsfähig sind. Im Gegenteil benötigen sie von Jahr zu Jahr, in dem die Leistungsbilanzdefizite fortbestehen, mehr Kredite. Das kann auf Dauer nicht gut gehen; diese Länder verlieren daher auch immer mehr ihre Kreditwürdigkeit. Ohne neue Kredite aber sind sie zahlungsunfähig. Um das zu verhindern, sind die solideren Euro-Staaten, allen voran Deutschland, im Mai 2010 mit einem „befristeten“ Kreditrahmen in Höhe von 250 Milliarden Euro eingesprungen. Ein Tabubruch und klarer Verstoß gegen europäisches Recht. Unsere Politiker behaupteten, sie wollten nur

„Spekulationen gegen den Euro“ stoppen. Danach sei der Kreditrahmen nicht mehr nötig. Kaum jemand glaubte ihnen.

Zu Recht. Denn am 11. März haben die Regierungschefs beschlossen: Der „befristete“ Kreditrahmen wird als „Europäischer Stabilitätsmechanismus“ (ESM) zur Dauereinrichtung und gleich auf 500 Milliarden Euro verdoppelt. Davon wird allein Deutschland für bis zu 250 Milliarden Euro geradestehen müssen. Mit diesem Betrag könnte man jedem Hartz-IV-Haushalt 5600 Euro – monatlich – mehr geben. Unsere Politiker aber stritten sich kürzlich monatelang um drei Euro.

Mit dem ESM bekommen wir einen sehr intransparenten Finanzausgleich zwischen den Euro-Staaten. Die Bürger sollen ja möglichst wenig davon bemerken. Er läuft nicht wie der Länderfinanzausgleich in Deutschland über direkte Zahlungen und Steuerverteilungen, sondern über Kreditgarantien: Deutschland garantiert und haftet für die Kredite, die der ESM maroden Staaten gibt. Als Gegenleistung für ihre Zustimmung zu den ESM-Milliardenhil-

fen hatte die Regierung einen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ gefordert. Über ihn sollten die maroden Staaten verpflichtet werden, konkrete Reformen zu ergreifen, um ihre Volkswirtschaften wettbewerbsfähig zu machen und so die Leistungsbilanzdefizite abzubauen. Das ist nicht nur vernünftig, sondern unverzicht-

bar. Denn nur dann besteht Hoffnung, dass Finanzhilfen irgendwann überflüssig werden. Freiwillig wird kein Staat harsche Reformen ergreifen, wenn er Kredite vom ESM erhalten kann.

Die Regierungschefs haben am 11. März allerdings keinen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ beschlossen, sondern einen „Pakt für den Euro“. Die Namensänderung ist folgerichtig, denn wettbewerbsfähig wird er die südlichen Euro-Länder nicht machen:

Schon der alte „Stabilitäts- und Wachstumspakt“, der die Euro-Staaten zur Staatshaushaltsdisziplin zwingen sollte, hatte versagt. Und dies, obwohl er konkrete, verpflichtende Vorgaben für die Staaten enthält und obwohl er bei Verstößen Sanktionen vorsieht. Der „Pakt für

den Euro“ enthält noch nicht einmal verpflichtende oder auch nur konkrete Zielvorgaben, geschweige denn Sanktionen.

Damit wurde endgültig die letzte Chance vertan, die finanzielle Stützung der maroden Volkswirtschaften Südeuropas an rigide Reformprogramme zu koppeln. Mangels Zwang zu Reformen werden Griechenland, Portugal, Spanien, aber auch Italien und vielleicht sogar Frankreich den Rückstand in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu Deutschland nicht beseitigen. Diese Länder werden also auf kurz oder lang Hilfe vom ESM fordern und dann dauerhaft am Tropf hängen.

Die vollmundige Erklärung deutscher Politiker, dass die ESM-Kredite nur im äußersten Fall, als „ultima ratio“, gewährt werden sollen, ist Beschwichtigungsrhetorik. Denn wenn mangels Reformen die Leistungsbilanzdefizite fortbestehen und damit der Kredithunger dieser Volkswirtschaften weiter wächst, werden private Kapitalanleger keine Kredite mehr gewähren. Die unausweichliche Folge ist Insolvenz. Um die zu verhindern, wurde der ESM aber geschaffen. Folglich wird er auch einspringen. Wir werden also dauerhaft „ultima-ratio“-Situationen haben.

– Der Autor ist Vorsitzender der Stiftung Ordnungspolitik und des Centrums für Europäische Politik.



Lüder Gerken